

**Fédération des Victimes
du Nazisme, Enrôlés de Force** a.s.b.l.

REPRESENTANT L'ASSOCIATION DES PARENTS DES DÉPORTÉS MILITAIRES LUXEMBOURGEOIS - L'AMICALE DES ANCIENS DE TAMBOW - L'ASSOCIATION DES ENRÔLÉS DE FORCE VICTIMES DU NAZISME - L'ASSOCIATION DES SURVIVANTS DES ENRÔLÉS DE FORCE

Organe officiel:
«Les Sacrifiés»

Boîte postale n° 2415
L-1024 LUXEMBOURG-GARE

Compte-chèques postales n° 313 29-95

Luxembourg, le 15.6.98.
5, rue de la Déportation

Son Excellence Monsieur
Julien Alex
Ambassadeur du Luxembourg
Adenauerallee 108
D-53113 B O N N

Concerne : Annulation de jugements nazis par la Bundesrepublik Deutschland.

Excellence,

Nous référant à une décision récente du Bundestag concernant l'annulation de jugements nazis et particulièrement au fait que celle-ci se rapporte aussi aux jugements contre les déserteurs de la Wehrmacht,
- au fait enfin que pendant la guerre 1940-45 il y a eu parmi nos 12000 enrôlés de force le nombre impressionnant de 3510 déserteurs c.à.d. 31,5 %,

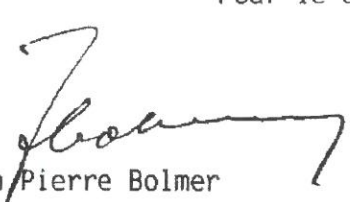
nous serions vivement intéressés à la documentation parlementaire - si possible complète?- sur laquelle furent basées les délibérations ad hoc des députés et, finalement, sur le consensus sur lequel se sont entendus les partis et le Gouvernement allemand.

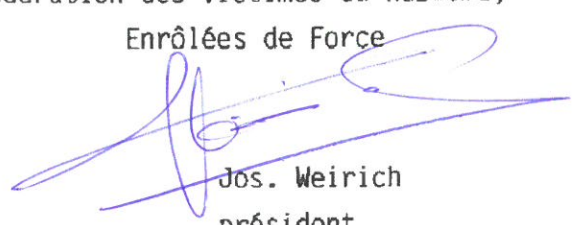
Voir une information d p a publiée ici le 28.5.98 en annexe.

Monsieur l'Ambassadeur, auriez-vous la possibilité et la gentillesse de nous procurer une copie des documents en question ou de nous indiquer, le cas échéant, la procédure par laquelle et où nous pourrions obtenir ceux-ci ?

Veuillez agréer, Excellence, avec nos sentiments reconnaissants et respectueux, l'assurance de notre haute considération.

Pour le comité de la Fédération des Victimes du Nazisme,
Enrôlés de Force


Jean Pierre Bolmer
secrétaire général


Jos. Weirich
président

DEUTSCHLAND

**NS-Urteile
werden aufgehoben**

Bonn (dpa). - Mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Nazi-Regimes sollen alle Unrechtsurteile zwischen 1933 und 1945 pauschal aufgehoben werden. Nach jahrelangem Tauziehen hat sich der Rechtsausschuß des Bundestages am Mittwoch einmütig auf eine gemeinsame Linie verständigt. Das Gesetz, das nach Schätzungen zwischen 200 000 und 500 000 Urteile betrifft, soll an diesem Donnerstag im Bundestag verabschiedet werden und voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten.

Nach der Vereinbarung der Fraktionen sollen alle Urteile, die aus politischen, militärischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind, ohne Einzelfallprüfung für nichtig erklärt werden. Darunter fallen auch die Urteile gegen Deserteure und Homosexuelle.

Gegen ihre Aufnahme gab es insbesondere in der CSU Widerstand. Union, FDP und SPD verständigten sich nun darauf, daß die Aufhebung der Urteile gegen beide Gruppen nicht im Gesetz selbst, sondern in der Begründung aufgenommen wird. Gegen dieses Verfahren erhoben die Grünen Bedenken, weil es damit weiter keine Rechtsklarheit für Deserteure und verfolgte Homosexuelle gebe. Durch das Gesetz ebenfalls rehabilitiert werden die Opfer von Zwangssterilisationen in der Nazi-Zeit. Von den 350 000 Betroffenen leben heute noch etwa 50 000. Bislang fehlte es an einer bundeseinheitlichen Regelung zur Aufhebung der NS-Urteile. In den Ländern wurde dies unterschiedlich geregelt. In den neuen Ländern fehlten bislang klare rechtliche Grundlagen.

WORT 28.5.98



**le
hoben**

als 50 Jahre Nazi-Regimes urteile zwischen 1933 und 1945 pauschal aufgehoben werden. Nach jahrelangem Tauziehen hat sich der Rechtsausschuß des Bundestages am Mittwoch einmütig auf eine gemeinsame Linie verständigt. Das Gesetz, das nach Schätzungen zwischen 200 000 und 500 000 Urteile betrifft, soll an diesem Donnerstag im Bundestag verabschiedet werden und voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten.

Fraktionen sollen alle Urteile, die aus politischen, militärischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind, ohne Einzelfallprüfung für nichtig erklärt werden. Darunter fallen auch die Urteile gegen Deserteure und Homosexuelle.

ne gab es insbesondere in der CSU Widerstand. Union, FDP und SPD verständigten sich nun darauf, daß die Aufhebung der Urteile gegen beide Gruppen nicht im Gesetz selbst, sondern in der Begründung aufgenommen wird. Gegen dieses Verfahren erhoben die Grünen Bedenken, weil es damit weiter keine Rechtsklarheit für Deserteure und verfolgte Homosexuelle gebe. Durch das Gesetz ebenfalls rehabilitiert werden die Opfer von Zwangssterilisationen in der Nazi-Zeit. Von den 350 000 Betroffenen leben heute noch etwa 50 000. Bislang fehlte es an einer bundeseinheitlichen Regelung zur Aufhebung der NS-Urteile. In den Ländern wurde dies unterschiedlich geregelt. In den neuen Ländern fehlten bislang klare rechtliche Grundlagen.

**Äthiopi
Krieg**

(dpa). - Äthiopien hat seinen nördlichen Nachbarland Eritrea erneut mit bewaffneter Gewalt gedroht, falls es seine auf vermeintlich äthiopischem Territorium stehenden Pan-

ÄTHIOPIEN / ERITREA

Drohung mit Krieg

Addis Abeba / Rom (dpa). - Äthiopien hat seinen nördlichen Nachbarland Eritrea erneut mit bewaffneter Gewalt gedroht, falls es seine auf vermeintlich äthiopischem Territorium stehenden Pan-